

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 15. November 2007

Antrags-Nr. 07-A-02-0018

Angemessenheitsbericht über die Höhe der Aufwandsentschädigung

Beschluss Nr. 0540

1. Die Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige sind mit Wirkung vom 01.01.2008 wie folgt zu erhöhen:
 - a) Stadtverordnete: von 510 € auf 600 €
 - b) ehrenamtliche Beigeordnete (Stadträte/Stadträtinnen): von 510 € auf 600 €
 - c) Stadtverordnetenvorsteher/in: von 695 € auf 800 €
 - d) Stellvertreter/innen d. Stadtverordnetenvorsteher/in: von 225 € auf 250 €
 - e) Ausschussvorsitzende/r: von 155 € auf 250 €
 - f) Fraktionsvorsitzende/r: von 480 € auf 600 €
 - g) sonstige Mitglieder des Fraktionsvorstandes (neu): 100 €
 - h) Ortsbeiratsmitglieder: von 46 € auf 100 €
 - i) Ortsvorsteher/innen für Stadtbezirke bis 5.000 Einwohner/innen: von 170 € auf 300 €
 - j) Ortsvorsteher/innen für Stadtbezirke ab 5.000 Einwohner/innen:
von 230 € bzw. 285 € auf 350 €
 - k) Mitglieder des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats: von 46 € auf 100 €
 - l) Vorsitzende des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats: von 285 € auf 350 €
 - m) Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse:
von 150 € auf 200 €
 - n) Schriftführer Ortsbeiräte Innenstadt: von 180 € auf 250 €
 - o) Schriftführer weiterer Ortsbeiräte: von 46 € je Sitzung auf 58 € je Sitzung

2. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer nächsten Sitzung am 13.12.2007 den Entwurf einer gemäß Ziffer 1 geänderten „Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige“ zur Abstimmung vorzulegen.
3. Die bereits in die laufenden Haushaltsberatungen eingebrachten, von der Erhöhung betroffenen Haushaltsansätze der Stadtverordnetenversammlung (Kostenstelle Stadtverordnetenversammlung und Amt der Stadtverordnetenversammlung), des Hauptamtes (Kostenstellen Magistrat und Ortsbeiräte), des Dezernats I (Kostenstelle Seniorenbeirat) und des Einwohner- und Integrationsamtes (Kostenstelle Ausländerbeirat) sind entsprechend Ziffer 1 zu erhöhen. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung wird gebeten, die vorgenannten Erhöhungen im Rahmen seiner Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

(antragsgemäß Ältestenausschuss BP 0077 08.11.2007)

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2007

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2007

1. Dezernat I/10 zu Punkt 2
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat I/16
Dezernat I/20
Dezernat III
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister